

**Pressemitteilung
des Studierendenrats der Otto-v.-Guericke Universität Magdeburg**

Der Studierendenrat begrüßt die Entscheidung der Landtagsfraktionen von CDU und SPD das politische Mandat der Studierendenschaft nicht zu streichen.

Der Einsatz des Studierendenrats vor dem Landtag macht sich bezahlt – bereits im Dezember 2009 hatte sich der Studierendenrat vor dem Landtagausschuss „Bildung, Wissenschaft und Kultur“ gegen die Streichung des Mandats ausgesprochen.

Zudem rief der Studierendenrat im Dezember 2009 zur Demonstration „100+X“ auf, auf der unter anderem gegen die Abschaffung des politischen Mandats demonstriert wurde – dem Aufruf folgten rund 1800 Studierende.

Das Mandat ermöglicht es Studierenden sich zu „allgemeinpolitischen Themen“ zu äußern, also solchen Themen, die über den akademischen Tellerrand der Universität hinausgehen. Kultusminister Jan-Hendrik Olbertz wollte die Sätze 8-11 §65 des LHSG-SA streichen lassen, um „mehr Übersichtlichkeit“ zu schaffen.

In einer Stellungnahme vom 20.08.2009 erklärte der Studierendenrat bereits:

„Die Sätze 8-9 drücken explizit einen Theorie-Praxis-Transfer aus, der von den Studierenden genutzt werden kann, um die freiheitlich-rechtlichen Grundlagen unserer Gesellschaft sowie die Grund- und Menschenrechte zu fördern. Die Streichung der Sätze bedeutet einen Chancenverlust, in der Gestalt des gesellschaftlichen Zusammenlebens und raubt den Studierenden die Möglichkeit zur Teilnahme am öffentlichen Diskurs.“

Direkter Ansprechpartner bei Rückfragen ist:

Julian Dupont

Sprecher für Öffentliches

julian.dupont@stura-md.de

www.stura-md.de